Freitag, 3. Oktober 2025

Linda Elvs Die neue Single der Seebner Sängerin hat Tiefe. 4

AZ 6430 Schwyz | 167. Jahrgang | Nr. 226 | Fr. 1.80 | www.bote.ch

Gesamtausgabe Luzerner Zeitung

ANZEIGE



REGION

Immer höhere Prämien

Schwyzer Regierungsrat Damian Meier zu Einheitskasse und Sparpotenzial.

REGION

Rüffel für Schulen

Kanton kritisiert Schulen für den Versand von Flyern vor Abstimmung.

REGION

Buchhandlung kehrt zurück

Traditionsreiches Büchergeschäft ist nach kurzer Pause wieder in Schwyz.

Unterricht abgehört? Arth verbietet Smartwatches

An der Arther Schule gelten ab sofort verschärfte Regeln für private digitale Geräte.



In Arth müssen private Smartwatches an der Schule ab sofort abgegeben werden.

Jürg Auf der Maur

Regimewechsel in der Gemeinde Arth: Private Handys und Smartwatches müssen ab sofort im Schulzimmer in einer Box deponiert werden. Weder Kindergärtler noch Primarschüler dürfen solche während der Unterrichtszeit

«Auslöser dieses Verbotes war, dass bereits Kindergärtler regelmässig über die Smartwatch mit ihren Eltern telefonierten - und wir sogar den Verdacht hatten, dass der Unterricht über Smartwatches mitgehört wurde», erklärt Christian Neff, Rektor der Arther Gemeindeschulen, gegenüber dem «Boten der Urschweiz».

Smartwatches sind eigentliche

Bild: Jürg Auf der Maur

Hightechgeräte am Handgelenk, die längst nicht nur die Zeit anzeigen. Arth verbietet aber nur die privaten digitalen Geräte. Das Verbot sei kein

Rückschritt, sagt Neff. Die Schule übernehme Verantwortung und stelle weiterhin allen Kindern verlässliche digitale Lernwerkzeuge zur Verfügung. 5

Tote bei Angriff auf Synagoge

Attentat Am höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur starben gestern zwei Menschen bei einem Angriff vor einer Synagoge im nordenglischen Manchester. Vier weitere Verletzte wurden ins Spital eingeliefert. Die Todesopfer gehörten zur jüdischen Gemeinde, wie der Polizeipräsident von Manchester bestätigte. Der Täter wurde erschossen. Gemäss Behörden war er zunächst mit dem Auto in Menschen vor der Synagoge gefahren. (red)



Europäer stehen sich näher

Sicherheit «Russland versagt und macht einen Fehler nach dem anderen», sagte der deutsche Aussenminister Johann Wadephul am Warschauer Sicherheitsforum. Die hybriden Attacken zeitigten den «absolut gegenteiligen Effekt» dessen, was Moskau beabsichtigte: «Sie brachten uns zusammen.» Das zeigt sich auch in Kopenhagen am grossen Europa-Gipfel. (red)



Swiss setzt vermehrt auf Billig-Crews

Einsatz günstiger Flight-Attendants erweitert, mit Monatslöhnen unter 600 Franken.

Die Lufthansa-Gruppe will sparen. Anfang Woche hat sie die neue Strategie verkündet. Zum Marschplan gehören der Abbau von 4000 Stellen und die Steigerung des Profits. Konzernchef Carsten Spohr machte keinen Hehl daraus, dass er zunehmend auf die Auslagerung von Flügen an günstigere Airlines setzen will, um Personalkosten zu

sparen. Die Swiss tut dies bereits seit Längerem.

Weniger bekannt ist, dass die Swiss seit Jahren auch günstige Flight-Attendants aus China, Thailand, Indien und Japan einsetzt. Diese arbeiteten ursprünglich nur auf Routen ihrer Heimatländer, insbesondere um bei der Kommunikation mit Einheimischen zu

helfen. Und nun wälzt die Swiss laut CH-Media-Recherchen Pläne, die indischen Flight-Attendants sogar auf Flügen nach Montreal einzusetzen. Pikant: Sie tragen dieselben Uniformen wie die Schweizer Crew und führen dieselben Aufgaben aus. Ihr Startsalär beträgt 583 Franken, gegenüber knapp 4000 für ihre Schweizer Kollegen. (red)

Inhalt

Marktplatz

Küssnacht Todesanzeigen Zentralschweiz 12, 13 Kirche

Stellen 15 Schwerpunkt 17 Börse 22 Fernsehen 24

Piazza 25–28 Immobilien Letzte Seite

30, 31

Bote der Urschweiz, Schmiedgasse 7, 6431 Schwyz • Redaktion: Telefon 041 819 08 11, redaktion@bote.ch • Abonnements: Telefon 041 819 08 09, abo@bote.ch • Inserate/Anzeigen: Telefon 041 819 08 08, inserate@bote.ch



Freitag, 3. Oktober 2025 | Bote der Urschweiz

KOPF DER WOCHE

Michael Merz



Er ist OKP der neu aufgegleisten Steiner Chilbi.

Worin sind Sie ein gutes Vorbild?

Ich bin quasi mit Vereinen aufgewachsen und heute unter anderem als OK-Präsident der Steiner Chilbi aktiv. Damit zeige ich, dass Freiwilligenarbeit nicht nur Arbeit, sondern auch Spass macht. So motiviere ich andere, mit anzupacken.

Welches Talent von Ihnen ist mit den Jahren in Vergessenheit geraten?

Ob auf der Putschibahn oder beim Fröschefischen – früher war ich ein echter Chilbi-Champ. Heute glänze ich hinter den Kulissen. Aber Achtung, vielleicht trefft ihr mich doch mal auf der Putschibahn.

Was war Ihr grösster Fehlkauf?

Ein Kassettli an der Steiner Chilbi, doch leider hatte ich gar kein Abspielgerät mehr (oder habe ich das nur geträumt?) ...

Was ist Ihr nutzlosestes Talent? Ich kann einen Sack Krapfen auf einma

Ich kann einen Sack Krapfen auf einmal verputzen.

Welche Erfindung würden Sie gerne machen?

Eine Maschine, die alle Menschen so glücklich macht, wie ein Kind, wenn es mit glänzenden Augen im Karussell sitzt.

Wovor haben Sie Angst?

Dass Stromausfall herrscht und an unserer Chilbi der Kaffee kalt bleibt.

Was bringt Sie zum Lachen?

Ein guter Witz – erzählt von einer Ländlerformation in der Aula.

Welcher Duft weckt in Ihnen besondere Erinnerungen?

Zuckerwatte, gebrannte Mandeln, Kaffee Chriesi ..., so riecht die Steiner Chilbi.

Was ist dieses Jahr neu an der Steiner Chilbi?

Sie beginnt am Freitag mit der Beizen-Vorchilbi, zudem gibts eine besondere Messe in der Kirche am Sonntagmorgen, eine Pop-up-Bühne und neue, andere Beizli/Baren. Komm vorbei, und schau selbst.

Welche Vision hat der Chilbiverein für die Zukunft der Steiner Chilbi?

Die Steiner Chilbi soll wieder zu dem Volksfest werden, das es einmal war – mit viel (Ländler-)Musik, jeder Menge Besuchenden, Tradition und Innovation. Die Gemeinde Steinen hat die Organisation dem Verein Steiner Chilbi (Vesch) anvertraut. An dieser Stelle ein herzliches Dankeschön an das elfköpfige OK für die sensationelle (Zusammen-)Arbeit.

Geburtsdatum: 30. September 1982 (ein Steiner-Chilbi-Kind) **Beruf:** Dipl. Ing. FH in Informatik

Wohnort: Steinen

Lieblingsgericht: derzeit Hafächabis Lieblingsgetränk: Wasser und Rivella Lieblingsfilm: MacGyver

Lieblingsferienort: mit dem Camper durch die Schweiz

Lieblingstier: Eichhörnchen

«Es braucht bei Krankenkassen einen freien Markt»

Regierungsrat Damian Meier spricht über Entlastungsmöglichkeiten und erklärt, was er von einer Einheitskasse hält.

Damian Bürgi

Fast deckungsgleich mit dem Schweizer Durchschnitt von 4,4 Prozent steigen im Kanton Schwyz die Krankenkassenprämien im kommenden Jahr um 4,6 Prozent an. Der Anstieg fällt zwar geringer aus als im Vorjahr (Anstieg von 6,5 Prozent), er bedeutet für die Schwyzer Haushalte aber ein weiteres Mal eine zusätzliche Kostenbelastung. Was kann man dagegen tun? Der Schwyzer Gesundheitsdirektor und FDP-Regierungsrat Damian Meier nimmt Stellung.

Nach dem Prämienanstieg 2024 sprachen Sie davon, dass die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (Efas) zu deutlichen Einsparungen führen werde. Die Vorlage wurde vom Volk angenommen. Sind die Entlastungen bereits zu spüren?

Nein, die Entlastungen sind noch nicht spürbar, da Efas in der ersten Etappe erst ab 2028 umgesetzt wird. Es ist aber das zentrale Projekt, welches das Kostenwachstum bremsen soll.

Was erhoffen Sie sich für den Kanton Schwyz davon?

Gerade in unserem stark stationär geprägten Kanton wird die verstärkte Ambulantisierung Wirkung erzielen.

Wo sehen Sie weitere Entlastungsmöglichkeiten?

Wir sind alle gefordert, indem wir medizinische Leistungen nur dann in Anspruch nehmen, wenn es notwendig ist. Denn letztlich ist das Kostenwachstum vor allem auf die immer stärkere Nachfrage zurückzuführen.

Und aufseiten der Anbieter?

Ich erwarte, dass die Krankenkassen ihre Prozesse und Angebote konsequent optimieren. Sie hätten das Potenzial, deutlich stärker zur Kostendämpfung beizutragen, als sie es bisher tun.



Die Krankenkassenprämien steigen erneut an. Regierungsrat Damian Meier erhofft sich durch die einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen eine Entlastung im Kanton Schwyz.

Bild: Keystone/PD

Man kommt um die Frage nicht herum: Braucht es jetzt eine Einheitskasse, auch wenn Ihnen als Liberaler wohl das Herz bluten würde?

Wir haben in der Schweiz nach wie vor sehr viele Krankenkassenanbieter, was zu hohen Verwaltungskosten führt. Zudem finanzieren die Versicherten mit ihren Prämien auch den Krankenkassenverband und die Lobbyorganisationen mit – das ist nicht im Sinne einer schlanken und effizienten Struktur. Gleichzeitig ist aber klar: Eine Einheitskasse ist nach wie vor keine Lösung – es braucht auch bei den Krankenkassen einen freien Markt.

Im Kanton Zug sinken die Prämien 2026 um fast 15 Prozent durch die Übernahme von Spitalkosten mit Überschüssen in der Staatskasse.

Das wäre auch hier möglich, der Kanton erzielte in den letzten Jahren Gewinne von 113 (2022), 66 (2023) und 55 (2024) Millionen Franken. Die Parteien – mit Ausnahme der SP – winken aber ab. Was hält die Regierung von diesem Ansatz?

Das ist für uns kein Thema. Denn es ist aus meiner Sicht keine nachhaltige Lösung, steigenden Kosten im Gesundheitswesen mit verstärkter staatlicher Finanzierung zu begegnen.

Die Zuger Bevölkerung dürfte diese vorübergehende Entlastung freuen.

Derzeit findet eine regelrechte «Umverteilung» statt: Um die Prämien nicht noch stärker ansteigen zu lassen, wälzt man die Mehrausgaben je länger, je mehr auf die Steuerzahler und somit wiederum auf die Allgemeinheit ab.

Das ist grundfalsch und löst das Problem der steigenden Kosten nicht.

Wie ist es denn zu lösen?

Es sind verstärkte ambulante Angebote gefordert, aber auch eine verstärkte integrierte Versorgung, wie sie verschiedene Krankenkassenanbieter bereits auf dem Markt haben. Ich erhoffe mir auch vom neuen ambulanten Tarif Tardoc, der per 1. Januar 2026 eingeführt wird, viel.

Und weiter?

Auf dem Medikamentenmarkt sind Generika weiter zu fördern. Zudem sind wir im Bereich der Digitalisierung im Gesundheitswesen noch nicht dort, wo wir sein sollten. Und zur Reduktion der Kosten im Gesundheitswesen würden ganz bestimmt auch weitere Investitionen in die Prävention beitragen.

Bildungsdepartement kritisiert Abstimmungsflyer

Das Departement äussert sich zu den SVP-Vorwürfen, Schulen hätten im Abstimmungskampf unzulässig gehandelt.

Dominik Jordan

Der Abstimmungskampfüber die Erhöhung der Einstiegslöhne von Lehrpersonen im Kanton Schwyz ist zwar vorbei, doch er hat ein politisches Nachspiel. Denn kurz vor dem Urnengang soll es in Ausserschwyz zu unzulässiger Politwerbung seitens einer Schule gekommen sein. So jedenfalls sieht es die SVP, die das Gesetz bekämpft hat. Namentlich soll der Rektor der Sek 1 March über den offiziellen Kommunikationskanal der Schule einen Flyer verschickt haben, mit der Hauptbotschaft «Jede Stimme zählt!» (der «Bote» berichtete).

Der SVP ging das gegen den Strich, vor allem, weil kurz vor dieser Aktion das Bildungsdepartement wegen eines ähnlichen Vorfalls in Altendorf alle Schulleitungen im Kanton auf die geltende Gesetzeslage hingewiesen hatte. Der Reichenburger SVP-Kantonsrat Ueli Kistler hat darum nach dem Vorfall an der Sek 1 March eine Kleine Anfrage eingereicht, in der er unter anderem wissen wollte, wie die Regierung



Um diesen Flyer gehts: Er wurde im Vorfeld der Abstimmung über die Lehrpersonenlöhne an Eltern weitergeleitet.

die politische Neutralität an den Schulen künftig sicherstellen wolle und ob Urheber und Verbreiter solcher Flyer disziplinarisch und juristisch zur Verantwortung gezogen würden. Hängig ist zudem eine Aufsichtsbeschwerde der Jungen SVP, die mehreren Schulleitungen Verstösse gegen das Neutralitätsgebot vorwirft.

Die Antwort des Bildungsdepartements auf die Kleine Anfrage liegt jetzt vor. Es hält zunächst fest, dass die Volksschule «politisch und religiösweltanschaulich neutral» sei. Zum Vorfall schreibt das Departement: «So hätte auch die im Rahmen der Abstimmung über Massnahmen zum Lehrpersonenmangel via Schul-App erfolgte Zustellung des Flyers, der zur Teilnahme an der Abstimmung aufforderte, als öffentliche Bekundung unterlassen werden sollen.»

Offizielle Infokanäle der Schulen seien «ausschliesslich für schulische

Zwecke zu verwenden und dürfen nicht für solche Aktionen benützt werden», heisst es in der Antwort weiter. Und: «Es ist vorgesehen, diese Thematik an den verschiedenen anstehenden Anlässen des Bildungsdepartements mit Schulbehörden oder Verbänden wiederum aufzugreifen und gegenüber den Betroffenen nochmals klarzustellen.»

Schulträger sind in der Pflicht

Zu allfälligen Konsequenzen für Schulangestellte, die solche Flyer verschickt haben, hält sich das Bildungsdepartement zurück. Es weist darauf hin, dass der Regierungsrat bereits aufsichtsrechtlich gegenüber den Schulen reagiert habe. Aber: «Im Weiteren geht es um personalrechtliche Fragen. Allfällige disziplinarische Massnahmen müssten durch den Arbeitgeber ergriffen werden.» Weiter sei es Sache der Schulträger, für die Einhaltung der Grundsätze des Volksschulbildungsgesetzes und der Dienstpflichten durch das Schulpersonal zu sorgen.